

15. IX. 1919

233

Die hungernden Staatspensionisten.

Eine Massendemonstration und ihr Ergebnis.

Nach langem, geduldigem Warten und wiederholten vergeblichen Bitten um eine Besserung ihrer materiellen Lage haben am Sonntag vormittag die Staatspensionisten durch eine große Demonstration ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Die Tafel mit der Ueberschrift: „Nach 40 Jahren Dienstzeit dem Hunger preisgegeben“, welche die Demonstranten mit sich trugen, war nur die Bekräftigung dessen, was das Äußere dieser nach vielen Hunderten zählenden Pensionisten und ihrer Familienangehörigen mit eingefallenen Gesichtern, alten, abgenützten „Festtags“-Kleidern und todmüdem Gang ohnehin recht sinnfällig zum Ausdruck brachte. Die Demonstration, die einen durchaus ernst, würdigen Verlauf nahm, verfehlte nicht eine nachhaltige Wirkung auf die Öffentlichkeit.

Um 10 Uhr eröffnete Präsident Micoch des allgemeinen Staatspensionistenvereines die von etwa 1500 Staatsbediensteten des Ruhestandes besuchte Versammlung vor dem Rathaus und gab, häufig von zustimmenden Rufen unterbrochen, dem verzweifelten Unwillen der Staatspensionisten über die Regierung Ausdruck, die für jene nie etwas erübrige, sondern immer auf die finanzielle Not sich ausrede. Die Staatspensionisten rufen zum letztenmal der Regierung ins Gewissen, ihnen Lebensmittel, Wohnungen und Holz für den Winter zu verschaffen. Redner machte dann Mitteilung von den Schritten, welche die Verbandsleitung zur Bänderung des Pensionistenelends unternommen hatte. Die englische Mission habe erklärt, sie könne die Staatspensionisten nicht unterstützen, da sie nicht mit der österreichischen Regierung verhandeln mag, die französische habe ihre Unterstützung für den Fall zugesagt, daß die Regierung verfolge. Die folgenden Ausführungen sind vielfach von stürmischen Rufen: „Weg mit dieser Judenwirtschaft“ begleitet. Micoch rief sodann die erschienenen Parteipolitiker auf, worauf sich der christlichsoziale Gemeinderat Doppler und der sozialdemokratische Abgeordnete Zelenka meldeten. Nach Dankesworten an die beiden bedauerte Redner die Teilnahmslosigkeit der Abgeordneten, von denen nur der christlichsoziale Unterstaatssekretär Dr. Reich sein Fernbleiben mit einem tiefen Bedauern entschuldigte, da er zur gleichen Zeit die Eröffnung eines Erholungsheimes vornehmen mußte. Schließlich forderte Redner zur Einigkeit auf und sagte: Wenn heute die Regierung versagt, dann haben die 50.000 Staatspensionisten zu ihr jedes Vertrauen verloren und fordern sie zur Abdankung auf. (Stürmischer Beifall.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Zelenka versprach, daß seine Partei die Staatspensionisten nach Möglichkeit mit den Mitteln unterstützen wolle, „die uns noch übrig geblieben sind“, aber es mühe nichts, etwas zu verschaffen, da nichts vorhanden sei. (Stürmische Entrüstungskrufe gegen den Redner, der erst nach einbringlichen Bitten des Präsidenten Micoch sich wieder Gehör zu schaffen vermochte.) Für die derzeitigen Zustände, meinte dann der Redner, sei nicht die jetzige Regierung, sondern das alte Regime verantwortlich.

Demgegenüber betonte der christlichsoziale Gemeinderat Doppler unter lebhaftem Beifall, daß die ungeheure Not der Staatspensionisten keine politische, sondern eine wirtschaftliche Frage sei, an deren ehester Lösung alle mitzuarbeiten haben. Dieser Anschauung sei wenigstens seine Partei immer gewesen, die schon seit 20 Jahren gerade dieser Ansehlengruppe besonderes Interesse entgegenbrachte. Deshalb sei er auch von seiner Partei beauftragt worden, die Forderungen der Staatspensionisten aufs entschiedenste zu vertreten, damit endlich dieses Elend beseitigt werde. (Großer Beifall.)

Ein Vertreter des Zentralverbandes der aktiven Staatsbediensteten und der Gendarmerie versicherte die Pensionisten ihrer Unterstützung, ein Pensionistenvertreter teilte unter lautem Beifall der Versammlung mit, daß die Salinenarbeiter des Salammergutes allenfalls durch einen Schnittpathiestreif den Forderungen der Pensionisten Nachdruck verleihen wollen.

Die Zusagen der Regierung.

Nachdem noch zwei Pensionisten ihre Standesgenossen zur Einigkeit aufgefordert hatten, zogen um halb 12 Uhr die Versammelten, nach Bezirken geordnet, vor das Parlament, wo nach langem Warten um 1 Uhr eine Abordnung dem Präsidenten Dr. Dinghofer die Wünsche der Staatspensionisten vortragen konnte. Unter dessen Führung sprach dann die Abordnung beim Staatssekretär Dr. Schumpeter vor, der sie namens der Staatsregierung empfing. Nach den einleitenden Worten Doktor Dinghofers schilderte der Präsident des Allgemeinen Staatspensionistenvereines, Micoch, die triste Lage der Staatspensionisten und richtete an den Staatssekretär die Bitte um Hilfe. Die versammelten Staatspensionisten erwarten eine bindende Zusage in bezug auf die Gewährung einer Ausbesserung, durch Geldunterstützung, Zuwendung billiger Lebensmittel und anderer notwendiger Bedarfsartikel und bezüglich Behebung der Wohnungsnot. Nachdem noch Abg. Zelenka und Abg. Zainer (Viz) gesprochen, entschuldigte Staatssekretär Dr. Schumpeter zunächst den Staatskanzler Dr. Renner, der durch Empfänge von Gesandten am Erscheinen verhindert sei.

Die Staatsregierung, insbesondere die Finanzverwaltung, sei sich selbstverständlich bewußt, in welcher trostlosen Lage sich die Staatspensionisten derzeit befinden, und sei auch bestrebt, die Notlage, soweit dies nur irgendwie möglich sei, zu lindern. Es wäre aber geradezu ein Verrat, Zusagen zu machen, welche die Regierung nicht erfüllen könnte. Wenn der Staat allen Wünschen der Pensionisten entsprechen würde, so hätte dies zur Folge, daß viele Staatspensionisten in unser Staatsgebiet aus den Nationalstaaten zuströmen würden. Ueber die Frage der Pensionen werde zunächst in der Reparationskommission verhandelt werden müssen. Auch stehe die Angelegenheit in einem engen Zusammenhange

mit der Besoldungsreform. Es sei zu hoffen, daß diese Angelegenheit in einigen Wochen in der Reparationskommission und mit den Vertretern der Nationalstaaten zur Erörterung gelangen werde. Sei diese Frage dort gelöst, dann werde hoffentlich jeder Pensionist soviel bekommen, daß er vor dem Hunger geschützt sei. Die Wohnungsfrage, die Beschaffung billiger Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Bekleidung u. dgl. Angelegenheiten, können nur im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsämtern gelöst werden. Die Finanzverwaltung sei bereit, im Rahmen des Möglichen für diese Zwecke weitere Kredite zur Verfügung zu stellen. Auch werde sie einen Kredit flüssig machen, um den Staatspensionisten in Form einer momentanen Geldausbesserung eine Notstandsunterstützung zuzuwenden. Die Höhe der Summe könne er allerdings derzeit nicht nennen. Auch sei die Lösung einiger technischer Vorfragen für die Durchführung der Aktion notwendig. Der Staatssekretär könne heute auch noch keine bestimmte Versicherung in der Richtung ausgeben, ob die Aktion eine allgemeine sein oder sich auf Wien, wo die Verhältnisse am drückendsten sind, und auf die Orte der größten Leuerung beschränkt werde. Die zur Verfügung stehende Summe kann nur eine geringe sein.

Die Deputation begab sich hierauf vor das Parlamentsgebäude, wo sie den Versammelten das Ergebnis ihrer Vorprache mitteilte.

Ähnliche Kundgebungen fanden in den Hauptstädten der Länder, so in Innsbruck und Salzburg, statt. Die Kundgebungen verliefen ohne Zwischenfall.